

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur
J. A. Auer
Druck u. Verlag: Auer-Verlag
u. Verlagsbuchhandlung m. b. H.
Auer, Erzgebirge
Czernin, Erzgebirge
Zerbst/Pr. - Aufhuf 10. 12

Legungpreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12.40 Mk., monatlich 4.30 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungswärter und Ausgebote, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebengespaltene Poststelle oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Restkompletzpreise für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., sonst 70 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. für Anzeigen in das heutige Heft. Nicht druckfähig, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder dem Anzeigensender nicht druckfähig ist.

№. 148

Mittwoch, den 30. Juni 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der Reichstag wird die politische Ausdrucksfrage am Donnerstag, spätestens am Freitag beenden. Der Reichskanzler reist am Sonntagabend mit den deutschen Delegierten nach Spa.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, von dem Verlangen von einem besonderen Vertrauensvotum im Parlament Abstand zu nehmen.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten wird noch in dieser Woche terminmäßig vom Reichstag festgelegt werden. Wie verlautet, soll der 10. Oktober für die Wahl in Aussicht genommen sein.

Geno de Paris meldet: Die deutsche Regierung hat gegen die Verstärkung der französischen Garnisonen im Rheingebiet Protest erhoben.

Havas meldet: Der Alliierte Rat hat die Volksabstimmung in den ober-schlesischen Abstimmungsgebieten auf die zweite Oktoberwoche festgesetzt.

Das Echo der Kanzlerrede.

Die Aufnahme von Behrens' Rede in der Presse ist ähnlich wie im Parlament. Man ist froh, eine Regierung zu haben und ein Programm zu hören. Die Blätter der Regierungsparteien zeigen sich befriedigt und sind sich in einem Punkt mit denen der Opposition einig, daß man nämlich die Regierung nur nach den Taten beurteilen könnte. Behrens' Weisheit zeigt sich auch in der Presse nirgends scharf und feindselig, und wenn die politische Zeitung feststellt, daß Behrens Montag nachmittag die Kritik an seiner Programmrede mit aller Gemütsruhe anhören konnte, daß ihm keiner weh tat und weh tun wollte, obwohl nur Vertreter der freiwillig und unfeindlich von der Regierungsbildung ausgeschlossener Parteien zu Worte kamen, so darf man das gleiche auch für das Echo seiner Rede in der Berliner Presse feststellen. Selbst die Freiheit nennt seine Rede die ernsteste Rede eines ernsten Mannes und sagt: Auch der politische Gegner wird Herrn Behrens glauben, daß er nicht leicht das schwere Amt übernehmen hat. Auch das Programm des Herrn Behrens enthält vieles, dessen Verwirklichung möglich wäre. Mit Befriedigung stellt sie fest, die neue Regierung habe es sorgfältig vermieden, ohne anzuschlagen oder Gesetze anzukündigen, die als Voraussetzung der Arbeiterschaft wirken können, und man darf es ihrem Leitartikel nicht allzu sehr abnehmen, wenn er, um diese milde Abtönung seiner Kritik abzuschwächen, auch ein wenig der üblichen Phrasologie hineinmischet, indem er unter Eskamotierung von Behrens' Worten mit Bezug auf die Deutsche Volkspartei schreibt: Wir wollen nicht vergessen, daß in dieser Regierung, abgesehen von allem, Vertreter der Deutschen Volkspartei sitzen, die nicht Ausgleich und Versöhnung, sondern Wiederherstellung der Klassenherrschaft anstreben, und daraus den Schluß ziehen, daß wir nur mit immer wachem Mißtrauen dieser Regierung gegenübersehen dürfen.

Der Vorkwärts hält sich, Scheidemanns Rede noch ein Wort sachlicher Würdigung des Regierungsprogramms hinzuzufügen, und stellt mit einer gewissen Befriedigung fest: Das augenblickliche Gleichgewicht der Kräfte, auf dem die neue Regierung balanciert, zeigt sich darin, daß sich Herat von rechts her ganz die Erläuterung zu eigen machte, die Scheidemann von links her abgegeben hatte. Was die neue Regierung sei, ist trotz der kunstvoll vorgetragenen Rede Behrens' nicht ganz klar. Sollte sie das selbe wollen wie wir, dann werden wir mit ihr, sollte sie aber etwas anderem Willen und unserer Ueberzeugung Entgegengesetztes wollen, dann werden wir gegen sie sein. Das sagen die Sozialdemokraten, das sagen auch die Deutschen Nationalen. Auf beiden Seiten also eine abwartende Haltung, die gerade noch dazu ausreicht, ein verfassungsmäßiges Dasein der Regierung bis auf weiteres zu ermöglichen. Auch die Unabhängigen scheinen auf den Versuch, die Regierung gleich nach ihrer Geburt wieder durch ein Mißtrauensvotum zu kürzen, verzichten zu wollen, und das ist schließlich auch konsequent, denn diese rein bürgerliche Regierung ist ja ihr eigenes Kind.

Die Blätter der Rechten sind noch zurückhaltender. Das mag vielleicht an den drei Entwaffnungsnoten der Entente liegen, die das Schwergewicht in der politischen Situation bilden und den Reaktionen so spät zugangig sind, daß sie nicht mehr in der Lage waren, Kommentare daranzufügen. Die Deutsche Zeitung stellt in Besprechung des Regierungsprogramms fest, daß die Forderungen der Deutschen Volkspartei so gut wie gar nicht herbeigeführt sind. Die Deutsche Volkspartei habe in den wichtigsten Fragen Augenblicke gemacht, die für sie in Zukunft vielleicht einmal noch sehr höchst unangenehm sichtbar machen werden. Die Demokratische Partei habe dagegen fast alle die Forderungen, die in jener bekannt-

ten Erklärung ihres Parteivorstehenden Dr. Petersen aufgestellt waren, bis auf den letzten Punkt durchgesetzt.

Die Wiener Blätter zur deutschen Kanzlerrede.

In Besprechung der Programmrede des Reichskanzlers Behrens haben die Wiener Blätter den Ernst der Stunde in inner- und außenpolitischer Beziehung hervor, in der die neue Regierung die Führung der Geschäfte Deutschlands übernimmt. Dementsprechend war die Rede Behrens, wie das Wiener Extrablatt schreibt, nüchtern und vorsichtig, nur die realistischen Absichten und das Bedürfnis betonend, dort Ruhe und Ordnung einführen zu sehen, wo die Kriegswirre die Werte langer Jahrhunderte vernichtet hat. In dieser Selbstbeschränkung lag der Abglanz jener deutschen Tugenden, deren Früchte die ganze Welt genossen hat, indes sie den Haß gegen Deutschland in sich getragen und genährt hat. Das Neue Wiener Tagblatt sagt: Das Programm Behrens, der Wiederaufbau dessen, was der Krieg zerstört hat, ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Frage. In Spa wird es sich zeigen müssen, ob das ungerechtfertigte, künstlich geschaffene Mißtrauen gegen den guten Willen Deutschlands, welches der Kanzler als eins der Hindernisse für die Erfüllung der Friedensbedingungen hinstellte, zu bannen sein wird.

Frankreich zum Regierungsprogramm.

Zu den Bekräftigungen des Reichskanzlers Behrens sagt der Figaro: Dieser Staatsmann ist zu klug, um zu leugnen, daß Deutschland den Friedensvertrag von Versailles ausführen muß. Aber er teilt uns mit, daß es schon mehr getan hat, als man von ihm erwarten durfte. Ganz wie zuvorige verhält er, daß auch Deutschland sich mit Deutschland vereinigen müsse. Auch sagt er, er betont von Anfang bis Ende die Wichtigkeit des Versailler Vertrages. Gut; aber dann müssen wir auch nach Frankfurt zurückkehren und das Ruhrgebiet besetzen, dann können wir von Revision und Verzögerung sprechen.

Sturmzeichen in Berlin.

Die Lebensmittel Demonstrationen beginnen auch auf die Reichshauptstadt überzugreifen. In den Haushaltungen und Fabriken des Ostens und des Nordens werden seit dem Montag Handzettel verteilt, die zur Teilnahme an den Unruhen gegen die Lebensmittelsteuer am Freitag und Sonnabend auffordern. Am Dienstag erhielten einige Dunder bessere Geschäfte des Westens vorgebrachte Postkarten, in denen sie aufgefordert werden, die Preise bis zum 1. Juli auf die Friedenspreise herabzusetzen, andernfalls die Geschäfte demoliert würden. Ein Versuch, gestern früh Lebensmittelunruhen in der Zentralmarkthalle hervorzurufen, ist durch schnelles Eingreifen der Sicherheitspolizei im Keime erstickt worden. Der Rädelführer, der aus Hamburg kommen soll, ist festgenommen.

Protestkundgebung vor der Reichskanzlei.

Dienstag mittags fand in Berlin in der Wilhelmstraße vor der Reichskanzlei eine Kundgebung statt. Ein Trupp von etwa 200 älteren Frauen und jungen Mädchen zog durch die Wilhelmstraße mit Schildern: Nieder mit dem Lebensmittelwucher! Eine Abordnung forderte Zutritt in die Reichskanzlei und wollte den Reichskanzler sprechen. Behrens war jedoch nicht anwesend, worauf die Demonstranten weiterzogen.

Demonstration vor dem Berliner Rathaus.

Au einer Kundgebung gegen den Lebensmittelwucher kam es im Hofe des Berliner Rathauses. In der Nähe des Alexanderplatzes formierte sich ein Zug, in dem man lediglich Frauen und Kinder sah. Auf einigen Tafeln las man Inschriften wie: Nieder mit dem Lebensmittelwucher! Gebt uns billiges Brot. Eine Deputation, die aus drei Frauen und einem Mann bestand, wurde von einem Beamten der Lebensmittelabteilung empfangen, worauf die Demonstranten ruhig auseinanderzogen.

Die Unruhen im Reich.

Wilmshagen, 29. Juni. Gestern kam es auch hier zu schweren Lebensmittelunruhen. Vom Rathaus feuerte Reichswehr auf die Menschenmenge, wobei mehrere Personen getötet und schwer verletzt wurden. Einige Geschäfte wurden geplündert.

Cuxhaven, 29. Juni. Gestern Abend kam es zu Unruhen. Die Polizei war machtlos. Die zu Hilfe gerufenen Küstenwehr griff nicht ein. Heute forderte das Gewerkschaftsamt in Maueranschlägen die Zurückziehung des Militärs und der Polizei und verdrängte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

Magdeburg, 29. Juni. Ueber den Kreis Schelleringen (Provinz Sachsen) ist auf Antrag des Regierungskommissar zuständigen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und im Einverständnis mit dem preussischen Minister des Innern der Ausnahmezustand verhängt worden.

Czernin, Kaiser Karl und — Kaiserin Zita.

Der ehemalige Sektionsrat im österreichisch-ungarischen Ministerium des Inneren, Graf August Demblin, veröffentlicht unter dem Titel Czernin und die Cirsusaffäre eine Broschüre, in der er auf Grund genauer Kenntnis jeder Einzelheit der Cirsusaffäre die alleinige Schuld Kaiser Karls an diesem Ereignis und seinen folgen schweren Wirkungen darlegt. Zum ersten Male wird darin mitgeteilt, daß Czernin die Abdankung Kaiser Karls verlangte, daß der Kaiser dazu bereit war, aber durch Vortragen der Kaiserin Zita daran gehindert wurde, worauf Czernin aus dem Amte schied. Demblin erzählt, nachdem er die Cirsus-Affäre eingehend und unter Beibringung reicher Materials behandelt hat:

Es gab nur ein Mittel, um das Mißtrauen, das von Deutschland zu erwarten war und die Konsequenzen, die sich daraus für Österreich-Ungarn ergeben würden, abzuwenden, und dieses Mittel war, da der Einsitz auf den Kaiser infolge der Familienbeziehungen nicht ausgeschlossen werden konnte, die Ausschaltung des Kaisers selbst. Sie schien Czernin zugleich auch das einzige Mittel, um zu verhindern, daß die Erregung, die damals bereits gegen den Kaiser und die Familie Parma herrschte, sich in einer die Dynastie gefährdenden Weise entlade. Czernin hat den Kaiser als Ausweg vorgeschlagen, er möge sich aus Gesundheitsrücksichten zeitweilig von der Ausübung der Regierungsgeschäfte zurückziehen und einen Erzherzog mit seiner Stellvertretung betrauen; zugleich würde auch er, Czernin, selbst zurücktreten. Der Kaiser schien diesen Gedanken mit einer gewissen Erleichterung aufzunehmen; er ging sofort auf ihn ein und es wurde beschlossen, eine Ministerberatung anzuberufen, in der die Frage geprüft werden sollte, unter welchen Umständen eine Regenschaft über Stellvertretung des Kaisers in Betracht komme und an wen sie zu übertragen sei.

Am nächsten Tage legte Czernin auch der Kaiserin die Situation dar und entwickelte ihr die Gründe, doch er fand bei ihr ein sehr warmes Echo. Dennoch fand die Ministerberatung unter dem Vorsitz des Kaisers statt; ich wohnte ihr als Protokollführer bei. Kurz vorher war ein neues Kommuniqué der französischen Regierung eingetroffen. Darin teilte die französische Regierung unter Nennung der Namen der mitwirkenden Verantwortlichen den Vorgang mit, durch den ihr der Bericht des Kaisers zur Kenntnis gebracht worden war. Ein Zweifel daran, daß der der französischen Regierung vorgelegte Brieftext tatsächlich so lautete, wie Clemenceau ihn hatte veröffentlicht lassen, war nun nicht mehr möglich. Kaiser Karl hat bekanntlich einen anderen Diktat gegeben, und zwar, wie Demblin berichtet, auf Verlangen Czernins schriftlich ehrenwörtlich. Einandredirekte Feststellungen haben jedoch später die Möglichkeit des von Clemenceau veröffentlichten Textes erwiesen. Sollte man trotzdem an der Authentizität des vom Kaiser angegebenen Textes festhalten, so war nur noch eines denkbar, die Fälschung des Textes auf dem Wege nach Paris. Die Kaiserin klammerte sich auch sofort an diesen Ausweg, und auf die Frage Czernins, wer denn den Brief gefälscht haben sollte, meinte sie: Der Fälscher muß sich eben finden. Darauf aber ging Czernin nicht ein. Er blieb bei seinem Vorschlag, Dieser wurde nun nicht nur von der Kaiserin, sondern auch vom Kaiser abgelehnt. Daraufhin gab Czernin seine Demission, die der Kaiser sofort annahm.

Die bezüglichen Unterredungen Czernins mit dem Kaiser und der Kaiserin fanden knapp vor der Ministerberatung statt. Die Beratung selbst, an der Czernin nur der Form halber noch teilnahm, wurde vom Kaiser von Beginn an in die Richtung gelenkt, daß prinzipiell die Kaiserin als zur Stellvertretung in der Regierung berufen bezeichnet werde. Dies war natürlich gerade das Gegenteil dessen, was zwischen Czernin und dem Kaiser ausgemacht worden war, und wenn man den tatsächlichen Zweck, den Czernin mit seiner Beratung verfolgt hatte, mit der Art verglich, in der sie geführt wurde, so hatte man den Eindruck, daß Kaiser und Kaiserin Czernin geradezu eine Falle spielten wollten. Die Beratung wurde übrigens bald abgebrochen, ohne sie fortgesetzt zu werden. Die Cirsusaffäre war jedoch nur ein Vorwand für die Kaiserin und das Haus Parma, den unbehaglich gewordenen Czernin kalt zu stellen. Ueber die tieferen Ursachen weiß Demblin zu berichten:

Ende März 1918 traf aus Madrid ein Bericht ein, wonach ein spanischer Agent unserer dortigen Botschaft mitgeteilt hatte, er sei von der Herzogin von Parma mit der Vermittlung des Ankaufs einer Schiffsladung von Kakao und Kaffee betraut worden, die unter besonderen Sicherheitsmaßnahmen nach Triest gebracht werden sollte. Czernin, der in Bulgarien weilte und von dem Bericht verständigt worden war, schöpfte Verdacht und beauftragte mich, die Angelegenheit dem Kaiser vorzutragen und ihn zu fragen, was es mit jener Schiffsladung für eine Bewandnis hätte. Der Kaiser wußte davon nichts und sagte, er werde sich erkundigen. Als ich ihn nach einigen Tagen wiederum befragte, sagte er, es handle sich um eine wohltätige Aktion der Herzogin; die Ware solle zum Einkaufspreis weitergegeben, an bedürftige Kinder unentgeltlich verteilt werden. Kaum zehn Minuten nachher hatte ich Gelegenheit, mit einem ungarischen Offizier, der der Familie Parma nahestand, über die Angelegenheit zu sprechen. Er war über die Einstellung der Sache als Wohlthätigkeitsaktion aufs Höchste erfreut und erzählte mir, es